



# Landkreis Havelland

Gemeinde Wustermark  
DER LANDRAT

Eingegangen  
21. AUG. 2019

Erl. 34.28.08.15 Sh

↳ Gem.-Brandmeister

Landkreis Havelland, Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow  
Postanschrift: Landkreis Havelland, Postfach 1352, 14703 Rathenow

## Postzustellungsurkunde

Gemeinde Wustermark  
Bürgermeister  
Herrn Holger Schreiber  
Hoppenrader Allee 1  
14641 Wustermark

Dienststelle Friesack, Berliner Allee 30, 14662 Friesack

Dezernat/Amt:  
Dezernat III

Ordnungs- u. Verkehrsamt

Auskunft erteilt:  
Herr Timm

E-Mail\*\*\*  
marian.timm@havelland.de

Telefonvermittlung  
03385/551 - 0

Telefax  
03385/551-34415

Durchwahl  
551-4415

Zimmer  
01-04

Datum und Zeichen Ihres Schreibens  
17.04.2019

Mein Zeichen/Aktenzeichen (Bitte stets angeben!)  
32.24.12\_FF-WZB2019/09

Datum  
20. August 2019

## Zuwendungsbescheid

Zuwendung gemäß der Richtlinie des Landkreises Havelland über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen in Technik und Einsatzbekleidung für Freiwillige Feuerwehren des Landkreises Havelland

Ihr Antrag vom: 17.04.2019

Zuwendungszweck: Beschaffung von Einsatzbekleidung für die  
Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Wustermark

### Anlagen:

1. Empfangsbekanntnis
2. Rechtsbehelfsverzicht
3. Mittelanforderung
4. ANBest-G
5. Vordruck Verwendungsnachweis

### 1. Bewilligung

Auf der Grundlage Ihres Antrages vom 17.04.2019 bewillige ich Ihnen gemäß der Richtlinie des Landkreises Havelland über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen in Technik und Einsatzbekleidung für Freiwillige Feuerwehren des Landkreises Havelland vom 29.03.2019 für die Zeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019 (Maßnahmezeitraum)

\*\*\* Die genannte E-Mail Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Sprechzeiten: Montag geschlossen  
Dienstag 09.00 - 12.00 Uhr  
15.00 - 18.00 Uhr  
Mittwoch geschlossen  
Donnerstag 09.00 - 12.00 Uhr  
Freitag 09.00 - 12.00 Uhr

Konto der Kreiskasse  
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam  
IBAN: DE 3316050003861014830  
BIC: WELADED1PMB

eine Zuwendung in Höhe von: **76.840,51 €**.

In Worten: sechssundsiebzigttausendachthundertvierzig <sup>51</sup>/100 Euro

## 2. Maßnahme

Die Förderung von Technik und Einsatzbekleidung für die Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Havelland leistet einen Beitrag zur monetären Unterstützung der havelländischen Kommunen im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung zur Absicherung des örtlichen Brandschutzes sowie der allgemeinen Gefahrenabwehr.

Zuwendungen können für Technikausstattung und Einsatzbekleidung für Freiwillige Feuerwehren des Landkreises Havelland gewährt werden:

- Feuerwehreinsatzfahrzeuge (ausgenommen sind Feuerwehreinsatzfahrzeuge, die nach aktuellen Richtlinien vom Land Brandenburg gefördert werden – Doppelförderung ausgeschlossen)
- Technische Ausstattungen von Feuerwehreinsatzfahrzeugen (z. B. Pressluftatmer, hydraulische Schere, hydraulischer Spreizer)
- Persönliche Schutzausrüstung (z. B. Helm, Einsatzhose/Jacke, Einsatzstiefel)

Mit der Förderung soll die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren gestärkt sowie die Einsatzbedingungen für die Kameradinnen und Kameraden verbessert werden.

## 3. Höhe der Förderung

Die Zuwendung erfolgt auf dem Wege der Projektförderung und wird in Form der Anteilsfinanzierung in Höhe von maximal 80 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, höchstens jedoch ein Betrag in Höhe von 120.000 Euro, gewährt.

## 4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben sind entsprechend der von Ihnen eingereichten Kostenaufstellung durch den Zuwendungsgeber ermittelt worden und belaufen sich auf:

Gesamtausgaben lt. Antrag (Einsatzbekleidung)	96.050,64 €
Eigenanteil	19.210,13 €
Beantragte Förderung Landkreis Havelland (max. 80 % der Gesamtausgaben, höchstens 120.000 €)	76.840,51 €

## 5. Auszahlung

Abweichend von den Bestimmungen in Nr. 1.4 ANBest-G erfolgt die Auszahlung der Fördermittel nach Ihrer Mittelanforderung gemäß Punkt 6.3.1 der Förderrichtlinie des Landkreises Havelland.

## 6. Nebenbestimmungen

Die Gewährung der Zuwendung unterliegt den geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere dem Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg), der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) sowie in analoger Anwendung den §§ 23 und 44 der LHO und den hierzu erlassenen Vorschriften. Die Anlage VVG Nr. 5.1 zu § 44 „Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (GV) (ANBest-G)“ ist Bestandteil dieses Bescheides.

Abweichend oder ergänzend ist die Zuwendung mit folgenden Auflagen verbunden:

1. Der Bewilligungsempfänger hat gemäß Punkt 6.4.1 bis 6.4.3 der Förderrichtlinie des Landkreises Havelland i. V. m. Nr. 7 (ANBest-G) die bestimmungsgemäße Verwendung der Zuwendung nachzuweisen. Dementsprechend sind mit dem beigefügten Vordruck „Verwendungsnachweis“ der Sachbericht (I.), der zahlenmäßige Nachweis (II.) sowie die Bestätigungen (III.) einzureichen.
2. Bei Verletzung der Bestimmungen und Auflagen dieses Zuwendungsbescheides oder der Nebenbestimmungen kann der Zuwendungsbescheid, auch für die Vergangenheit, widerrufen werden.
3. Die Bewilligungsbehörde des Landkreises Havelland ist berechtigt, bei dem Zuwendungsempfänger sämtliche mit der geförderten Maßnahme im Zusammenhang stehenden Gegenstände und Unterlagen einzusehen. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, die erforderlichen Unterlagen bereitzustellen und notwendige Auskünfte zu erteilen. Eine überörtliche Prüfung nach dem Gemeindehaushaltsrecht bleibt unberührt.
4. Zusätzlich zu den nach Ziffer 3.1 der ANBest-G bei der Vergabe von Aufträgen zu beachtenden Vorschriften sind die Regelungen des Brandenburgischen Vergabegesetzes anzuwenden. Der Nachweis über die Einhaltung dieser Regelungen ist mit dem Verwendungsnachweis zu erbringen.
5. Ich verweise auf die allgemeinen Nebenbestimmungen unter Pkt. 7.7 der ANBest-G (Stand: 1. Januar 2019) i. V. m. § 36 VwVfG (Bbg.) zur Aufbewahrungsfrist der prüffähigen Unterlagen.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Landrat des Landkreises Havelland, Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow, Widerspruch erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Kellner  
Zweiter Beigeordneter

## Anlage zu VVG Nr. 5.1 zu § 44 LHO<sup>1)</sup>

### Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (GV) (ANBest-G)

Die ANBest-G enthalten Nebenbestimmungen im Sinne des § 1 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) in Verbindung mit § 36 VwVfG sowie notwendige Erläuterungen. Sie sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides, soweit in ihm nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

#### Inhalt

- Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung
- Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
- Nr. 3 Vergabe von Aufträgen
- Nr. 4 Zur Erfüllung des Zweckes beschaffte Gegenstände
- Nr. 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
- Nr. 6 Rechnungslegung (Baumaßnahmen)
- Nr. 7 Nachweis der Verwendung
- Nr. 8 Prüfung der Verwendung
- Nr. 9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

#### **1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Sie ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- 1.2 Alle mit dem Zweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Erträge aus der zinsbringenden Geldanlage) und der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die einzelnen Ausgabeansätze dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei anderen Ausgabeansätzen ausgeglichen werden kann. Bei Hochbauten sind einzelne Ausgabeansätze im Sinne dieser Vorschrift die jeweiligen Kostengruppen 1000 bis 7000 der DIN 276. Beruht die Überschreitung eines Ausgabeansatzes auf behördlichen Bedingungen oder Auflagen, insbesondere im Rahmen des baurechtlichen Verfahrens, sind innerhalb des Gesamtergebnisses des Finanzierungsplans auch weitergehende Abweichungen zulässig. Die Sätze 2 bis 5 finden bei Festbetragsfinanzierung keine Anwendung.
- 1.3 Die Ausführung einer Baumaßnahme muss der der Bewilligung zugrunde liegenden Planung sowie den technischen und baurechtlichen Vorschriften entsprechen. Von den Bauunterlagen darf nur insoweit abgewichen werden, als die Abweichung nicht erheblich ist. Eine Abweichung ist erheblich, wenn sie zu einer wesentlichen Änderung des Bau- und/oder Raumprogramms (baufachlich) führt und/oder das Gesamtergebnis des Finanzierungsplans überschritten wird.
- 1.4 Für die Anforderung und Auszahlung der Zuwendung gilt Folgendes:

- 1.4.1 Bei Fortsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Betriebskostenförderung (Festbetragsfinanzierung) von Personal- und Sachausgaben (ganzjährige Maßnahmen) werden die Zuwendungen anteilig zum 01.04. und 01.10. des Haushaltsjahres ohne Anforderung ausgezahlt.
- 1.4.2 Bei Fortsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Betriebskostenförderung (Fehlbedarfsfinanzierung) von Personal- und Sachausgaben und bei Einzelmaßnahmen (zum Beispiel Veranstaltungen) dürfen die Zuwendungen nur soweit und nicht eher angefordert werden, als sie voraussichtlich innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zweckes benötigt werden.
- 1.4.3 Bei der Förderung von Hochbauvorhaben erfolgt die Auszahlung in folgenden Teilbeträgen:
- 35 v. H. der Zuwendung nach Vergabe des Rohbauauftrages,
  - 35 v. H. der Zuwendung nach Anzeige der Fertigstellung des Rohbaus,
  - 20 v. H. der Zuwendung nach Anzeige der abschließenden Fertigstellung der genehmigten baulichen Anlagen,
  - 10 v. H. der Zuweisung nach Vorlage des Verwendungsnachweises.
- 1.4.4 Bei der Förderung anderer Vorhaben (zum Beispiel Tiefbau, Einrichtungsgegenstände) dürfen Zuwendungen – jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zweckempfangers – nur soweit und nicht eher angefordert werden, als sie voraussichtlich innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zweckes benötigt werden.
- 1.4.5 Die Anforderung muss in den Fällen der Nummern 1.4.2, 1.4.3 und 1.4.4 die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben (voraussichtlich fällige Zahlungen abzüglich erwarteter Einnahmen einschließlich Zuwendungen Dritter, Eigenanteil und dem Projekt zuzurechnender gegebenenfalls vorhandener Geldbestände) enthalten.
- 1.4.6 Die Zuwendungen sind auf einem gesonderten Konto zu bewirtschaften.
- 1.5 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.
- 1.6 Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Zweckbescheid zu widerrufen, wenn sich herausstellt, dass der Zweck mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist.

## **2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung**

Ermäßigen sich nach der Bewilligung die nach dem Finanzierungsplan zuwendungsfähigen Ausgaben für den Zweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung

- 2.1 bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zweckempfangers,
- 2.2 bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag; wird derselbe Zweck sowohl vom Land Brandenburg als auch vom Bund und/oder einem anderen Land durch Fehlbedarfsfinanzierung gefördert, ist Nummer 2.1 sinngemäß anzuwenden.

Änderungen in der Finanzierung sind bei Fehlbedarfsfinanzierungen nur dann Gegenstand der auflösenden Bedingung, wenn sich durch die Änderungen der im Zweckbescheid zugrunde gelegte Fehlbedarf insgesamt verringert hat. Sind also zum Beispiel Ausgabeneinsparungen eingetreten, weil der Zweckempfänger seine Ausgaben im Hinblick auf unerwartete Einnahmevermindernungen eingeschränkt hat, liegt ein Fall der Nummer 2 ANBest-G nicht vor, wenn der Fehlbedarf unverändert geblieben ist. Allerdings können sich Rückforderungen aus anderen anspruchsbegründenden

Sachverhalten ergeben (zum Beispiel wegen unerlaubter Abweichungen vom Haushalts-/Wirtschafts-/Finanzierungsplan oder wegen Nichteinbringung zugesagter Eigenmittel).

- 2.3 bei Festbetragsfinanzierung, wenn sich die zuwendungsfähigen Ausgaben auf einen Betrag unterhalb der Zuwendung ermäßigen, auf die Höhe der tatsächlichen zuwendungsfähigen Ausgaben.
- 2.4 Dies gilt (ausgenommen bei wiederkehrender Förderung desselben Zuwendungszwecks) nur, wenn sich die zuwendungsfähigen Ausgaben oder Deckungsmittel um mehr als 500 Euro ändern.

### **3 Vergabe von Aufträgen**

Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks sind folgende Vorschriften zu beachten:

- 3.1 Wenn die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50.000 Euro beträgt,
- bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen der Abschnitt 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A - VOB/A und
  - bei der Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Dienstleistungen die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwelvenvergabeordnung – UVgO).

Dabei sind die VV zu § 55 entsprechend anzuwenden.

Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, aufgrund des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV), den Abschnitt 2 VOB/A bzw. VOL/A, die VOF oder die Sektorenverordnung anzuwenden oder andere Vergabebestimmungen einzuhalten, bleiben unberührt.

Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, Vergabepfahrungen durchzuführen.

- 3.2 Gesetz zur Förderung des Mittelstandes im Land Brandenburg (Brandenburgisches Mittelstandsförderungsgesetz - BbgMFG) in der jeweils geltenden Fassung.

### **4 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände**

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen.

### **5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn

- 5.1 sich nach Vorlage des Finanzierungsplanes eine Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben um mehr als 7,5 vom Hundert oder mehr als 10.000 Euro ergibt. Er ist ferner verpflichtet anzuzeigen, wenn er nach Vorlage des Finanzierungsplans - auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises beziehungsweise der Verwendungsbestätigung - weitere Zuwendungen für denselben Zuwendungszweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er - gegebenenfalls weitere - Mittel von Dritten erhält,
- 5.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,

- 5.3 sich Anhaltspunkte ergeben, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- 5.4 die angeforderten oder ausgezahlten Beträge in den Fällen der Nummern 1.4.2 und 1.4.4 nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können,
- 5.5 Gegenstände nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden.

## **6 Rechnungslegung (Baumaßnahmen)**

- 6.1 Der Zuwendungsempfänger muss für jede Baumaßnahme eine Baurechnung führen. Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Bauobjekten/Bauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.
- 6.2 Die Baurechnung besteht aus
  - 6.2.1 dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten nach DIN 276 gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides); werden die Einnahmen und Ausgaben für das geförderte Bauobjekt von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen, entsprechen die Bücher unmittelbar oder durch ergänzende Aufzeichnungen den Inhalts- und Gliederungsansprüchen und können sie zur Prüfung dem Verwendungsnachweis beigelegt werden, so braucht ein gesondertes Bauausgabebuch nicht geführt zu werden,
  - 6.2.2 den Rechnungsbelegen, bezeichnet und geordnet entsprechend Nummer 6.2.1,
  - 6.2.3 den Abrechnungszeichnungen und Bestandsplänen,
  - 6.2.4 den Verträgen über die Leistungen und Lieferungen mit Schriftverkehr,
  - 6.2.5 den bauaufsichtlichen Genehmigungen,
  - 6.2.6 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,
  - 6.2.7 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bauunterlagen,
  - 6.2.8 der Berechnung der ausgeführten Flächen und des Rauminhalts nach DIN 277 (nur bei Hochbauten) und bei Wohnbauten der Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283,
  - 6.2.9 dem Bautagebuch.

## **7 Nachweis der Verwendung**

- 7.1 Die Verwendung der Zuwendung ist bei Investitionsmaßnahmen innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Verwendungszwecks, spätestens jedoch nach Ablauf des sechsten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis). Bei der Förderung von Betriebskosten (Personal- und Sachausgaben) ist der Verwendungsnachweis beziehungsweise die Verwendungsbestätigung innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Maßnahme, spätestens jedoch mit Ablauf des dritten Monats nach Ablauf des Haushaltsjahres vorzulegen.
- 7.2 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.
- 7.3 In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz darzustellen und den vorgegebenen Zielen gegenüber zu stellen. Im Sachbericht ist auf die wichtigsten Positionen des

zahlenmäßigen Nachweises einzugehen. Ferner ist die Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit zu erläutern. Soweit technische Dienststellen des Zuwendungsempfängers beteiligt waren, sind die Berichte dieser Stellen beizufügen.

- 7.4 In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Verwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter, eigene Mittel) und Ausgaben enthalten. Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz hat, dürfen nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden.
- 7.5 Sofern im Zuwendungsbescheid eine Verwendungsbestätigung ohne Vorlage von Belegen zugelassen ist, ist dafür die Anlage zu VVG Nr. 10.4 (Verwendungsbestätigung) zu verwenden, soweit im Zuwendungsbescheid oder in besonderen Nebenbestimmungen nichts anderes bestimmt ist.
- 7.6 Auf die Vorlage der Bücher und Belege wird verzichtet. Im Verwendungsnachweis beziehungsweise in der Verwendungsbestätigung ist zu erklären, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.
- 7.7 Der Zuwendungsempfänger hat die Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen sowie im Fall des Nachweises beziehungsweise der Bestätigung der Verwendung auf elektronischem Wege eine Ausfertigung des Verwendungsnachweises beziehungsweise der Verwendungsbestätigung zehn Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises beziehungsweise der Verwendungsbestätigung aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- oder Datenträger verwendet werden. Das Aufnahme- und Wiedergabeverfahren muss den Grundsätzen einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung entsprechen.
- 7.8 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Verwendungszwecks Mittel an Dritte weiterleiten, sind die von den empfangenden Stellen ihm gegenüber entsprechend den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) zu erbringenden Zwischen- und Verwendungsnachweise mit Belegen dem Verwendungsnachweis nach Nummer 7.1 beziehungsweise der Verwendungsbestätigung ohne Vorlage von Belegen nach Nummer 7.5 beizufügen.

## **8 Prüfung der Verwendung**

- 8.1 Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. In den Fällen der Nummer 7.7 sind diese Rechte der Bewilligungsbehörde auch dem Dritten gegenüber auszubedingen.
- 8.2 Der Landesrechnungshof ist berechtigt, bei dem Zuwendungsempfänger zu prüfen. Hat der Zuwendungsempfänger Mittel an Dritte weitergeleitet, darf er auch bei diesen prüfen. Eine überörtliche Prüfung nach dem Gemeindehaushaltsrecht bleibt unberührt.

## **9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

- 9.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere § 1 Absatz 1 VwVfGBbg in Verbindung mit §§ 48, 49 VwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird. Dies gilt insbesondere, wenn
  - 9.1.1 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,



- 9.1.2 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,
- 9.1.3 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (zum Beispiel nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung nach Nummer 2).
- 9.2 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger
  - 9.2.1 die Zuwendung in den Fällen der Nummern 1.4.2 und 1.4.4 nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung zur Erfüllung des Zweckes verwendet oder
  - 9.2.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis beziehungsweise die Verwendungsbestätigung nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nummer 5) nicht rechtzeitig nachkommt.
- 9.3 Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 1 Absatz 1 VwVfGBbg in Verbindung mit § 49a Absatz 3 VwVfG mit fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verzinsen.
- 9.4 Werden Zuwendungen in den Fällen der Nummern 1.4.2 und 1.4.4 nicht innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zweckes verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, sind regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verlangen.

Zuwendungsempfänger:

Landkreis Havelland  
Der Landrat  
Platz der Freiheit 1  
14712 Rathenow

### Empfangsbekanntnis

Ich bestätige, dass ich den Zuwendungsbescheid AZ 32.24.12\_FFW-ZwB2019/09  
vom: 20.08.2019 am: 21.08.2019

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Beschaffung von Einsatzbekleidung für die  
Freiwillige Feuerwehler der Gemeinde Wustermark  
erhalten habe.

### Mittelanforderung

Mit o. g. Bescheid wurde mir eine Zuwendung des Landkreises Havelland in Höhe  
von 76.840,51 EUR bewilligt.

Hiermit beantrage ich die Mittel und bitte um Überweisung dieser Summe auf das

IBAN: DE38160500003815510197 BIC: WELADED1PM3

Kreditinstitut: MBS

Kontoinhaber: Gemeinde Wustermark

Wustermark, 09. SEP. 2019

Ort, Datum

Unterschrift

rechtsverbindliche Unterschrift der zur rechts-  
geschäftlichen Vertretung befugten Person/en



### Rechtsbehelfsverzichtserklärung

Ich erkläre mich vorbehaltlos mit dem Inhalt des o.g. Zuwendungsbescheides  
einverstanden und verzichte auf die Einlegung des Rechtsbehelfs.

Wustermark, 09. SEP. 2019

Ort, Datum

Unterschrift

rechtsverbindliche Unterschrift der zur rechts-  
geschäftlichen Vertretung befugten Person/en

